

ZUKUNFTSORIENTIERTE SENIORENPOLITIK IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN AKTIVEM ALTERN UND PFLEGE

Kapitelredakteure: Hans Jörg Rothen und Wolfgang Wähnke

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Zahl älterer Menschen in den Kommunen künftig deutlich wachsen, wobei der Anteil der über 80-Jährigen überproportional ansteigen wird. Dieser Prozess verläuft in den Kommunen und Regionen sowohl zeitlich als auch in seinen Ausprägungen differenziert.

Das Alter ist wie keine andere Lebensphase durch Heterogenität gekennzeichnet und von sozial-strukturellen Veränderungen beeinflusst. So dehnt sich die Altersphase deutlich aus und ist zunehmend durch kulturelle Unterschiede geprägt. Sich verändernde Familienstrukturen und die wachsende Zahl allein lebender älterer Menschen stellen die Kommunen vor neue Herausforderungen und erfordern die Entwicklung und Umsetzung differenzierter Angebote, um die Teilhabe zu gewährleisten.

Durch eine zukunftsorientierte kommunale Seniorenpolitik können diese Herausforderungen bewältigt und die sich bietenden Chancen genutzt werden.

1. **Ressourcen des Alters nutzen:** Die deutlich gestiegenen Ressourcen Älterer (Bildung, Gesundheit, Finanzielle Lage) sind gute Voraussetzungen für ein verstärktes Engagement in der Kommune und kann zu einer Win-win-Situation für Engagementgeber und – nehmer führen. Das deutlich gestiegene Engagement Älterer kann ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Lebensqualität genutzt werden, Auch hier sollten kommunale Akteure die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern.
2. **Potenziale des Alters sichtbar machen:** Angesichts des wachsenden Anteils älterer Menschen an der Gesellschaft müssen nicht nur unsere Versorgungssysteme grundsätzlich neu ausgerichtet werden, hin zu einer bedarfsgerechten, ganzheitlichen Unterstützung älterer Menschen und ihrer Familien. Wir müssen auch das Alter neu denken und die Potenziale Älterer nutzen. Kommunen müssen dabei eine aktivere Rolle spielen als bisher. Sie benötigen hierfür allerdings Handlungskompetenzen. Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik darf in Zeiten schwieriger Haushaltslagen nicht leichtfertig Opfer von Kürzungen werden. Alle Kommunen sollten zukunftsorientierte Seniorenpolitik als Pflichtaufgabe wahrnehmen.
3. **Zukunftsorientierte Seniorenpolitik ist mehr als Pflege:** Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik umfasst neben Pflege, Gesundheit und Wohnen auch Themen wie Bildung, Kultur, Engagement, Mobilität, Nahversorgung oder Seniorenwirtschaft. Die

Kommunen sollten eine aktive Rolle als Impulsgeber, aber auch als Moderator und Koordinator einnehmen. Sie sollten die relevanten Akteure und Interessierte zusammenbringen und Transparenz über Angebote, Bedarf und Bedarfslücken schaffen. So können zielgruppenspezifische Angebote und Maßnahmen entwickelt werden.

4. **Wachsende Migrationsanteile berücksichtigen:** Die Kommunen müssen die wachsende Zahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund in ihren Planungen stärker berücksichtigen – insbesondere deren kulturelle und ethnienspezifische Bedürfnisse. Dabei geht es um die interkulturelle Öffnung von Altenhilfe-, Bildungs-, Freizeit- und Kulturangeboten und um die Partizipation dieser Gruppe bei Planungen und politischen Entscheidungen.
5. **Innovative Wohnkonzepte fördern:** Insbesondere für ältere Menschen haben die eigene Wohnung und die direkte Wohnumgebung hohe Bedeutung. Der Wunsch Älterer, auch im Fall von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu bleiben, sollte daher zentraler Leitsatz der kommunalen Politik sein. Eine wichtige Aufgabe der Kommunen besteht darin, Strategien und Lösungsansätze für innovative Wohnkonzepte zu fördern.
6. **Präventionspotenziale nutzen:** Bis ins hohe Alter bestehen Präventions- und Rehabilitationspotenziale. Kommunen müssen Selbsthilfe-, Gesundheitsförderungs- und Rehabilitationsangebote fördern – gemeinsam mit Ärzten, Fachärzten, Therapeuten, Krankenhäusern, Krankenkassen, Bildungsanbietern, Akteuren der Altenhilfe etc. Oft fehlt es an bedarfsgerechten kommunalen Angeboten für Ältere. Die Kommunen sollten hier Verantwortung übernehmen und die notwendigen Prozesse initiieren und koordinieren.
7. **Umfassende gesundheitliche und pflegerische Versorgung sichern:** In einer alternden Gesellschaft hat die medizinische und pflegerische Versorgung einen hohen Stellenwert und ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge. Kommunen tragen hier bereits eine hohe (Mit-)Verantwortung für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Sie sollten jedoch noch mehr Verantwortung, Kompetenzen und finanzielle Ressourcen für die Gestaltung, Planung und Steuerung der medizinischen und pflegerischen Versorgung erhalten. Hierfür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und der jeweiligen Länderebene angepasst werden. Hierzu gehören auch bedarfsgerechte Angebote für Demenzkranke und deren Angehörige sowie ambulante und stationäre Hospize.

8. **Querschnittsthemen vernetzt bearbeiten:** Pflege findet in Deutschland hauptsächlich in den Familien statt. Die Kommunen sollten gemeinsam mit der örtlichen Wirtschaft Angebote und Maßnahmen entwickeln und untereinander vernetzen, die die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und familiären Pflegeleistungen verbessert, pflegende Angehörige entlastet und ihre Leistungen angemessen würdigt.
9. **Datenbasiert planen und handeln:** Die Kommunen benötigen als Grundlage für die Planung und Steuerung der medizinischen und pflegerischen Versorgung eine adäquate Datengrundlage. Diese Daten sollten möglichst kleinräumig generiert werden. Neben den vorhandenen kommunalen Daten sollten den Kommunen auch die für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung relevanten Daten (z. B. der Krankenkassen etc.) zur Verfügung stehen, um eine Über- oder Fehlversorgung zu vermeiden.
10. **Kleinräumig denken und handeln:** Eine demographisch verantwortliche Seniorenpolitik sollte kleinräumig und datenorientiert sein. Sie sollte sich an den jeweiligen Problemstellungen der Menschen in den Kommunen ausrichten, um die Erarbeitung von Zielformulierungen, Strategien und Konzepten zu ermöglichen. Ältere Menschen haben vielfältige Interessen, Bedürfnisse und Potenziale, die nicht nur regional, sondern auch in den kommunalen Sozialräumen unterschiedlich ausgeprägt sind.

In einer alternden Gesellschaft gewinnt die aktive Einbeziehung älterer Menschen an Bedeutung. Kommunen müssen zu einer ihrer **Fürsorgerolle** aktiv wahrnehmen. Die Gesellschaft ist darüber hinaus gefragt, die **Potentiale** älterer Menschen stärker zu nutzen als bisher.